

STAAT - WIRTSCHAFT - GEWERKSCHAFT

Karl Renner, der österreichische Staatsmann und Sozialtheoretiker, dessen nachgelassenes Hauptwerk „Mensch und Gesellschaft“ jüngst im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschien, war einer der ersten, die unserem Denken über Staat und Wirtschaft den rechten Weg wiesen. Er tat das, indem er neben den Begriff der Verstaatlichung den der „Durchstaatlichung“ stellte. Wir bemerkten, daß die Übernahme der Wirtschaft, der ganzen oder einzelner Teile, in die öffentliche Hand zwar das weitestgehende Mittel ist, den Einfluß des Staates zur Geltung zu bringen, aber bei weitem nicht das einzige. Damit wurde uns auch klar, daß diese Einflußnahme nicht etwas Neues, sondern etwas Altes, Dauerndes, nur in seiner Art und Stärke Wechselndes ist. Die sogenannte „freie“ Wirtschaft ist nur eine Forderung ihrer Apostel. Als sie im Sinne, dieser Theoretiker die freieste war, war sie für die Masse der wirtschaftenden Menschen, für die rechtlosen, ausgebeuteten Lohnsklaven des Frühkapitalismus, die allerunfreiester. In der Theorie kann sie nur deshalb ewigen Bestand haben, weil sie in Wirklichkeit [niemals existiert hat. „Was sich nie und nirgends hat begeben, das allein veraltet nie.“

Mit seinem Bildungs- und Verkehrswesen, der öffentlichen Versorgungswirtschaft und Auftragsvergebung, mit Zöllen, Steuern, Subventionen, Kontingentierungen, mit Währungspolitik, Kreditausweitungen und -restriktionen, Lohn- und Preiskontrollen, mit dem ganzen wachsenden Apparat des Arbeiterschutzes, des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung greift der Staat von allen Seiten in das wirtschaftliche Leben ein. Drohend steht über allem als letztes Politikum der Krieg, der Staats- und Privatwirtschaft zur Kriegswirtschaft unter militärischer Führung zusammengefaßt. Das Schicksal der Wirtschaft, mag sie noch so sehr „Privatwirtschaft“ sein, liegt letzten Endes ganz und gar in der Hand des Staates.

Man spricht vom „Wohlfahrtsstaat“, lobt oder verwirft ihn. Aber der Staat ist schon immer ein „Wohlfahrtsstaat“ gewesen — es fragt sich nur für wen? Er sei entstanden um des Lebens willen, bestehe aber, um ein gutes Leben zu ermöglichen, sagte schon Aristoteles. Fragt sich wiederum: für wen? Früher diente er nur einer kleinen Minderheit. Seit sich die Massen das Recht auf Mitsprache erobert haben, muß er sich auch um sie kümmern. Eine Lehre, die im Staat nichts anderes sieht als ein Machtinstrument herrschender Klassen, ist nicht Wissenschaft, sondern Aberglauben.

Daß der Bolschewismus diesem Aberglauben erlag und, ihm folgend, in der Zertrümmerung des Staatsapparates seine erste Aufgabe sah, war wahrhaftig kein Wunder. Hatte man doch den Staat in Rußland bis dahin nie anders denn als ein Instrument zur Unterdrückung gekannt. Die Zerstörung hatte aber die mißliche Folge, daß der plötzlich entstandene Hohlraum mit einem neuen Apparat ausgefüllt werden mußte, der dann naturgemäß ähnliche Formen annahm wie der alte. Ein Polizeistaat wurde durch einen anderen ersetzt. Mit seiner Hilfe konnte dann die neue herrschende Klasse das ungeheure Experiment einer annähernd totalen Wirtschaftsverstaatlichung durchführen. Da galten Leben und Glück des Einzelnen nichts, jeder Widerspruch wurde unterdrückt, jeder Widerstand im Keim mit „bolschewistischer Härte“ gebrochen. Es war — und ist noch — wie eine Operation in alter Zeit, bei der man den Kranken knebelte und festband, um ungehindert schneiden und brennen zu können. Mag sein, daß man

nach dieser rückständigen Methode manchen Menschen gerettet und geheilt hat, wir finden sie abscheulich und wehren uns gegen ihre Anwendung in unserem Lande auf das allerentschiedenste.

Mit der selbstverständlichen Verwerfung polizeistaatlicher Methoden ist jedoch über die Ergebnisse der bolschewistischen Wirtschaftspolitik noch nichts gesagt. Auf alle Fälle sind sie besser, als wir vor 35 Jahren erwartet hatten. Damals glaubten wir, daß das Experiment einer totalen Verstaatlichung, unternommen von Leuten, denen jede Erfahrung fehlte, rasch mit einem vollständigen Zusammenbruch enden müßte. Aber das neue System ist nicht zusammengebrochen; unter ihm hat sich Rußland industrialisiert, seine Bevölkerung vermehrt und den Rang einer Weltmacht gewonnen. Was dabei aus den russischen Menschen geworden ist, ist eine Frage für sich.

Indes steht Rußland als wirtschaftlicher Experimentator keineswegs allein. Die ganze bewohnte Erdoberfläche hat sich in den letzten Jahrzehnten in ein ungeheures sozialwirtschaftliches Experimentierfeld verwandelt. In den Vorzimmern der Minister, in den Gängen der Parlamente drängen sich die Vertreter der verschiedenen Berufsgruppen, um ihren Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung auszuüben. Masseninteressen müssen berücksichtigt werden, weil die Wählermassen den Staatswillen bestimmen. Wirtschaftskrisen bringen den ganzen politischen Bau ins Schwanken; die Regierungen müssen alle Anstrengungen machen, ihrer Herr zu werden, wäre es nicht aus sozialem Empfinden, so doch aus Gründen der Selbsterhaltung.

So ist nicht schwer zu erkennen, daß die Macht des Staates überall im Wachsen ist und daß in dieser Beziehung zwischen den verschiedenen Ländern von Rußland bis nach Amerika nur Unterschiede des Grades bestehen. Unterschiede des Prinzips bestehen dagegen in der Art der Bildung des Staatswillens, im Verhältnis zwischen Volk und Regierung. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Verstaatlichung in Rußland verdienen eine unvoreingenommene, von Propaganda und Gegenpropaganda unbeeinflusste Untersuchung. Die russische Methode der Bildung des Staatswillens, die Beherrschung des ganzen, zu schweigendem Gehorsam gezwungenen Volkes durch eine allmächtige unabsetzbare Staatspartei findet grundsätzlich unsere schärfste Ablehnung. Auch die größten wirtschaftlichen Erfolge des Bolschewismus — gesetzt, sie wären vorhanden — könnten uns nicht locken; denn wir wollen nicht wie gut gehaltenes Vieh im Stall, sondern als freie Menschen leben.

Wer vor etwa fünfzehn Jahren die Vereinigten Staaten besuchte, fand ein Riesenland in Reparatur. Straßen wurden gebaut oder erneuert, Waldungen wegsam gemacht und aufgeforstet, Kanäle gegraben, Kraftwerke errichtet, Schuilen gebaut, und fast überall, wo geschaufelt und gehämmert wurde, standen Tafeln mit den Buchstaben WPA.

Die WPA, Works Progress Administration, war eine Einrichtung des New Deal. Milliarden wurden ausgegeben, um Millionen aus dem Elend der Erwerbslosigkeit herauszuholen und sie an nutzbringende Arbeit heranzuführen. Die Milliarden waren nicht verschwendet, durch ihre Aufwendung ist das Land nicht ärmer, sondern reicher geworden.

Vor dieses imponierende Bild drängt sich ein anderes aus der Geschichte. Im Frühjahr 1848 waren in der Umgebung von Paris Tausende armer Teufel damit beschäftigt, Erdhügel abzutragen, um sie an anderer Stelle wieder aufzuschichten. Für diese sinnlose Tätigkeit erhielten sie einen Lohn, der kaum an das Existenzminimum heranreichte. Das waren die berühmten Ateliers Nationaux,

durch die das von *Louis Blanc* proklamierte Recht auf Arbeit verwirklicht werden sollte. Die Liquidierung dieses ebenso kostspieligen wie unbeholfenen Unternehmens führte zu einer Erhebung der Pariser Arbeiter und ihrer Niederwerfung in der blutigen Junischlacht. Vom Recht der Arbeit war danach lange nicht mehr die Rede; das Ganze galt nur noch als warnendes Beispiel, als ein kläglich gescheitertes sozialistisches Experiment.

Die Frage erhebt sich: Wenn die Ateliers Nationaux „Sozialismus“ waren, was ist dann der New Deal? In der Tat wird ja von den Republikanern behauptet, *Roosevelts* und *Trumans* Politik sei reiner Sozialismus gewesen. Von den erschreckten und beleidigten Demokraten wird das ganz entschieden bestritten.

„Sozialismus“ ist eben auch nur ein Wort, und das Wort hat seine Geschichte, Je nachdem, wie es im Kurse stand, galt es als höchste Empfehlung oder als niedrigste Denunziation. In Amerika ist es durch den Mißbrauch, den *Hitler* und *Stalin* mit ihm trieben, in Verruf gekommen, und darum wollen die New Dealer, die den Traum des Sozialisten Louis Blanc wahrgemacht haben, keine Sozialisten sein. Aber auf den Namen kommt es nicht an.

Mag man nuns das ganze komplizierte System staatlicher Einwirkung auf die amerikanische Wirtschaft Sozialismus nennen oder nicht, keinesfalls läßt sich von ihm behaupten, daß es der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit Abbruch tue. In England und den skandinavischen Ländern sind Maßnahmen getroffen worden, die von ihren Urhebern selbst als sozialistisch bezeichnet werden; aber die staatsbürgerliche Freiheit der von ihnen Betroffenen ist unberührt geblieben. Wer wollte behaupten, die englischen Bergarbeiter seien weniger frei, seit die Bergwerke in das Eigentum des Staates übergegangen sind? Die Verstaatlichungen in England haben weder den Pessimisten recht gegeben, die eine bürokratische Mißwirtschaft voraussagten, noch den Optimisten, die von ihnen eine entscheidende Besserung der Gesamtlage erwarteten. Es hat sich herausgestellt, daß die Frage der Besitztitel an den Produktionsmitteln lange nicht die entscheidende Rolle spielt, die man ihr früher beigemessen hat. Die Vorstellung, als sei der Sozialismus ein Zauberstab, mit dessen Schwingen man Wüsten auf einmal in Paradiese verwandeln könnte, hat einer nüchternen Betrachtungsweise Platz gemacht. Zugleich ist auch klar geworden, daß der Frage, ob verstaatlicht werden soll, stets die andere vorausgehen muß, wie denn der Staat beschaffen ist, der verstaatlichen will. Zu *Bismarcks* Zeiten war es richtig, Verstaatlichungen abzulehnen, denn damals war der Arbeiter im Privatbetrieb freier als im Staatsbetrieb, wiez. B. bei den Eisenbahnen. In Ländern mit gesicherter Demokratie wird man solche Bedenken nicht hegen, aber auch auf Verstaatlichungen keine übertriebenen Hoffnungen setzen. Bei dem Aufbau einer sinnvoll neugeordneten Wirtschaft wird man mit ihnen allein nicht auskommen.

Aufgeräumt werden muß auch mit gewissen primitiven Vorstellungen vom Klassenkampf. Klassenkämpfe spielen in der Geschichte eine große Rolle; auf ihre Bedeutung hingewiesen zu haben, war wissenschaftliches Verdienst. Nur darf man (sich die Sache nicht so vorstellen, als ob die Klassen gleich geordneten Heerhaufen gegeneinander ständen oder gar als ob sie im Sinne eines klaren Klassenbewußtseins folgerichtig handelten. Richtig ist, daß es ein so klar ausgeprägtes Klassenbewußtsein nicht gibt und daß keine Klasse sich rühmen kann, ihre Interessen ohne Begehung schwerster Fehler vertreten zu haben. Die Fehler der Arbeiterbewegung kennen wir — aber ist es auf der Gegenseite anders? Der Kapitalist, der einen Hitler bezahlt, und der Arbeiter, der einen Stalin anbietet, sind beide Don Quichottes des Klassenkampfes.

Dies ist eine Zeit der Umwertung aller Werte. Worte verlieren ihre Bedeutung, Vorstellungen ihren Inhalt, Begriffe ihren Sinn; wer am Vergangenen klebt, ist auf dem Weg zum Untergang. Die Zeit fährt im Flugzeug. Weh dem, der sich das Postkutschendenken nicht abgewöhnen kann!

An den Gewerkschaften ist es, sich in diesem Wirbel der Ereignisse zurechtzufinden, weder andere noch sich selber mit Schlagworten zu betäuben, sondern mit phrasenloser Nüchternheit die ihnen anvertrauten Interessen zu vertreten. Die Freiheit der in Lohn und Gehalt stehenden Menschen zu schützen, die Würde der Arbeit zu wahren, materielle und geistige Not zu bannen, ist ihre Aufgabe. Die Zeit, in der sie so handelten, als wäre mit Tarifwesen, Achtstudentag und Arbeitslosenversicherung so gut wie alles geschafft, liegt weit hinter ihnen. Es kam eine Zeit furchtbarer Lektionen; sie hat uns erstens gelehrt, daß auch das kunstvollste Gebäude der Sozialpolitik zusammenbricht, wenn es nicht auf festen Wirtschaftsfundamenten steht, und zweitens, daß eine Wirtschaftskrise ebensogut konterrevolutionäre Wirkungen haben kann wie revolutionäre.

Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht ist eine spezifisch deutsche Form des weltweiten Sozialexperiments. Er entspringt der Erkenntnis, daß — gleichviel, in welchen Formen gewirtschaftet wird — die Vermehrung des Sozialprodukts das entscheidend Wichtige bleibt. Es liegt darin eine entschiedene Ablehnung jener naiven Auffassung, nach der die Wirtschaft sabotiert oder gefördert werden soll, je nachdem, ob ihr die privilegierten Staatsgelehrten das Etikett „Kapitalismus“ oder „Sozialismus“ um den Hals gehängt haben. Kooperation von Gleichberechtigten an Stelle des Kampfes unversöhnlicher Klassengegner, Mobilisierung der in der Masse lebendigen geistigen Kräfte zur Förderung der Produktion, das heißt Mitbestimmung.

Wundert man sich, daß dieser Gedanke auf erbitterten Widerstand stößt? Kaum, wenn man sich der Zeit erinnert, in der der Fabrikherr nur mit „seinen“ Arbeitern verhandeln wollte, und in der es hieß, der Achtuhrladenschluß bedeute den Ruin der Ladengeschäfte. Seitdem hat sich manches geändert und wird sich noch manches ändern, allen Ewiggestrigen zum Trotz.

Vor 60 Jahren lachten diese Ewiggestrigen noch über die Narren, die glaubten, der Mensch würde einmal fliegen lernen. Zehn Jahre später stiegen die Brüder *Wright* mit ihrem leinwandüberspannten Holzgestell in die Luft, und heute haben wir schon aufgehört, uns über Raketenflugzeuge zu wundern.

Geht nicht von den Ateliers Nationaux zum New Deal und Fair Deal ein ähnlicher Weg? Gibt es nicht auch einen Fortschritt der sozialen Institutionen, für den zu wirken herrlicher Beruf ist? Wollte nur unsere Jugend einsehen, daß es ebenso erregend und reizvoll ist, an der Verbesserung der menschlichen Einrichtungen zu arbeiten wie an der Konstruktion eines neuen Flugzeugtyps, dann wären wir einen großen Schritt weiter.

„Zu viele Leute glauben“, sagte neulich der republikanische Gouverneur Warren, „daß das, was die Regierung für sie tut, sozialer Fortschritt ist, und Sozialismus das, was sie für die anderen tut.“ Alle diese Dinge sind heutzutage ohne Zweifel notwendig, aber warum ist es auch notwendig, die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß sie irgend etwas mit dem System der freien Wirtschaft zu tun haben, es sei denn — wie der Fall der „United States“, deren Kosten zu zwei Dritteln von den Steuerzahlern aufgebracht wurden, vermuten läßt —, das System der freien Wirtschaft wird lediglich zu einem System, in dem die Wirtschaft alles frei bekommt.

THE ECONOMIST, 5. 6. 1952

PROBLEME DER HEUTIGEN ENGLISCHEN GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Der Geist *Ramsay MacDonalds* war bisher die stärkste Kraft in der Labour Party während der Amtsdauer der Attlee-Regierung und anscheinend auch heute noch in der Opposition. *Aneurin Bevan*, der sich besonders auf Gewerkschaftskreise stützt, hat die Partei durch seine gegnerische Haltung, z. B. in der Frage der englischen und europäischen Wiederaufrüstung oder der künftigen Marschroute, offensichtlich noch nicht gespalten. Er hat aber erreicht, was die militanten Gewerkschafter fordern, daß die oppositionellen Elemente auf einen Nenner gebracht werden müssen, der keinen Kompromiß ähnlich jenem darstellen dürfe, den die Labour-Regierung in ihren letzten Regierungsmonaten außen- und innenpolitisch eingegangen war. Man wird sich gerade jetzt wieder der Kräfte bewußt, welche unter Umständen aneinandergeraten könnten. Wenn es auch einen an sich wirksamen Parteikern gibt, so sind die Gruppen doch so stark, daß sie in der Organisation ein dem Ganzen unter Umständen abträgliches Eigenleben führen können.

Bei der Vielzahl der teils politischen, teils wirtschaftlichen Tendenzen, die in der Labour Party zusammenwirken, spielen neben den Fabiern und den Kooperativen die Gewerkschaften die entscheidende Rolle. Die Fabier, welche den Weg der letzten politischen Generation bereiteten und jetzt die neuen Arbeitsthesen formulieren, und die Kooperativen, die über eine lange Zeit hin den praktischen Ausdruck sozialistischen Denkens bildeten, stimmen darin überein, daß der künftige Weg über einen umgedachten Sozialismus führen müsse, wobei vor allem der Versuch gemacht werden solle, die „State ownership“ und die dadurch heraufbeschworene Gefahr einer jungen sozialistischen „Managerial society“ durch die noch nicht praktisch festgelegte, durch Dezentralisierung der Macht zu schaffende „social ownership“ zu ergänzen. Es geht also um mehr als um die Fortsetzung des Zivilisierungsprozesses am Kapitalismus.

Die Grundthesen, die bei einer oppositionellen Labour Party naturgemäß mehr von den Linksextremisten vertreten werden, müssen mit den Forderungen der stärksten Gruppe, den Gewerkschaften, abgestimmt werden. In einigen Unterausschüssen überarbeitet die Parteileitung ihr Programm in den Fragen der Nationalisierung, der Ernährung und der Sozialdienste. Da dem ständigen Planungsausschuß sowohl *Morrison* wie *Bevan* angehören, der rechte und der linke Flügel sich also vergleichen müssen, und das Schwergewicht auch weiterhin auf dem Nationalisierungssektor und im Sozialbereich liegt, ist die Haltung der Gewerkschaften entscheidend.

Entwicklungsgeschichtlich bilden sie keineswegs den stärksten politischen Flügel der Partei; ihre Stimmen sind für die Partei aber so wichtig wie ihre finanziellen Beiträge. Sie können natürlich ihr starrereres, aber an sich pragmatisches Zweckdenken nicht einfach deswegen völlig ändern, weil die Wahlen 1951 gegen Labour ausgefallen sind. Die Gewerkschaften sind ihren Satzungen gemäß in erster Linie dazu da, die Interessen ihrer Mitglieder sicherzustellen und zu fördern. Ihre Politik ist also im Grunde unwandelbar. In der Frage des Arbeitermangels (in den Kohlengruben z. B.) mögen die Gewerkschaftsleitungen die Ansicht der Regierung teilen und die Beschäftigung italienischer Arbeiter für nötig halten; sie können aber weder theoretisch noch praktisch

gegen den Willen der Gewerkschaftsmitglieder die Beschäftigung ausländischer Arbeiter erzwingen. Die Gewerkschaften können ihre Verfassung nicht aufgeben — um so weniger, wenn die Regierung, wie dies heute der Fall ist, mit ihrem Grunddenken nicht übereinstimmt. Da sich die Gewerkschaften nicht eindeutig auf eine ideologische Linie festlegten, stellten sich sogar gelegentlich in den Nachkriegsjahren Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Lohnpolitik ein.

Eine Verschärfung der Lage entstand mit dem Regierungswechsel. Zwischen 1939 und 1945 hatte sich, wie G. D. H. Cole ¹⁾ feststellte, der Status der Gewerkschaften in Beziehung zum Staat bemerkenswert gewandelt. Damals und in der Friedenswirtschaft zwischen 1945 und 1951 hatten die Gewerkschaften die Mitverantwortung für die erfolgreiche Arbeit der nationalen Wirtschaft übernommen. Die Voraussetzungen dafür bestanden in regelmäßigen Beratungen mit den Gewerkschaften und in Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitischem Prinzip. Die in diesem Zusammenhang exponiertesten Minister des Kriegskabinetts gehörten der Labour Party an. Die Mitarbeit der Gewerkschaften seit den Kriegstagen und besonders seit 1945 beruhte also auf direkter Verbindung mit Männern, die ihren Ideen und lohn- und gesellschaftspolitischen Forderungen verständnisvoll gegenüberstanden. Nur so war es möglich, in Gewerkschaftskreisen Maßnahmen durchzusetzen, die zwar oft unpopulär waren, aber „für die Bewegung“ durchgestanden wurden,

G. D. H. Cole, der die Gewerkschaftsarbeit gut kennt, war schon in der Amtszeit der Attlee-Regierung einer der schärfsten Kritiker. Man muß seine alten Argumente neben denen von Bevan beachten, wenn man die kommende Entwicklung in ihren neuen Ansätzen verstehen will. Während der Amtszeit *Attlees* analysierte er das sozialistische Dilemma. Der demokratische Sozialismus, wie man ihn bisher verstand, ließ bei all seinen Erfolgen, die das englische Beispiel aufwies, die Klassenstruktur im wesentlichen unberührt. Krasse Ungleichheiten wurden eingeebnet; aber dieselben Gruppen nahmen dieselben relativen sozialen Stellungen ein wie vorher. Eine Reihe von Schlüsselpositionen blieb daher nach wie vor von Gegnern des Laboursozialismus besetzt. Im Volk und besonders in den Gewerkschaften entstand trotz der Nationalisierungen keine neue Welle ideeller Begeisterung, die eine neue Führungsschicht hätte heranbringen können. Der Sozialismus kann aber ohne einen neuen „social drive“ nicht funktionieren. Wenn man die kommunistische Praxis ablehnt, wie es Cole und sein Kreis ebenso wie Bevan tut, gibt es seiner Meinung nach nur eine Möglichkeit für die Erweiterung der Ausgangsbasis auf dem eigentlichen Weg zum Sozialismus, nämlich die Streuung der Macht und Aufteilung der Verantwortung auf möglichst viele, im Gegensatz zur vorsichtigen Delegation der Macht vom Zentrum her. Während der eigenen Regierungszeit hatte es Labour versäumt, die Initiative der politisch Denkenden in den nationalisierten Industrien, in den Gewerkschaften und den Kooperativen anzustacheln. Selbst die Gewerkschaftsführung dieser Zeit hat, vielleicht aus Sorge um möglicherweise umstürzlerische Bewegungen, den Werk-einheiten zu wenig Macht abgetreten; Zentralisierung erschien als die einfachste Methode für Kollektivverhandlungen. Örtlicher Initiative wurde kaum Raum gelassen; der jungen Führungsschicht war die Entwicklungsmöglichkeit versperrt. Vielleicht war der Druck der Außenpolitik und -Wirtschaft zu stark; jedenfalls wurde die sozialistische Initiative gelähmt. Cole kritisierte hier die Partei als Ganzes. Ihm war daher auch klar, daß die nationalisierten Industrien nicht programmgemäß funktionieren konnten; die Träger, in diesem Fall die Arbeiter und

1) Vgl. „New Statesman and Nation“ vom 8. März 1952.

die Verbraucher, vermochten eben ihre Mitverantwortung nicht einzusehen. Jenseits der neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorgänge wurden keine neuen Gefühlsbereiche angesprochen. Es wurde dem Einzelnen nicht klar, daß es in der neuen Wirtschaftspolitik um seine eigene Sache ging, über deren Schicksal er irrt Guten und im Bösen durch sein Handeln mitbestimmen konnte. In zeitgemäßer Wandlung seines Gildensozialismus forderte Cole damals Verbraucherausschüsse die in klar umrissenen kleinen Gebieten unabhängig Verantwortung tragen und wirklich mitbestimmen sollten; er warf der Regierung und den Gewerkschaftsführern vor, sie hätten keine Bereitschaft gezeigt, den kleineren Trägern sozialistischen Denkens zu vertrauen.

Die heutige englische Regierung ist konservativ. Die politischen Grundvoraussetzungen der Neuordnung seit 1945 haben sich geändert und damit auch die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gewerkschaften. Die Unruhe, die sich gegenüber der unsicheren Gewerkschaftsführung der letzten Jahre zeigte, drückte sich nicht erst in unseren Tagen in wilden Streiks aus. Die Gewerkschaftsfunktionäre arbeiteten zu langsam; sie hatten sich auf eine Ebene begeben, von der aus es schwer war, Verbindung zur gelebten Wirklichkeit zu halten. Welche Revision der Positionen scheint sich nun zu vollziehen?

Betrachten wir zunächst die politischen Gegebenheiten. Die Konservativen sehen die Erhaltung der Vollbeschäftigung nicht als Eckstein ihrer Wirtschaftspolitik an. Das Programm der Konservativen Partei, die Äußerungen ihrer Wirtschaftler und ihrer Presse wiesen seit Jahren auf die Gefahr einer Über-Vollbeschäftigung hin. Man hat sich zwar mit den Tatsachen abgefunden, die im Lauf der sozialen Revolution unabänderlich geworden sind; man wird aber die Einkommenseinebnung ebensowenig weitertreiben wie die notwendige Ausweitung der Wohlfahrtsdienste; die Arbeiterführer werden kaum wie früher zu entscheidenden Beratern in strittigen Wirtschaftsfragen werden. Man hat auf Gewerkschaftsseite nicht gezögert, die Kürzungsvorschläge im Bereich des Gesundheitsdienstes und der Unterstützungen als einen bösen Angriff auf die Armen, die Entnationalisierung der Stahlindustrie als Begünstigung der Aktionäre darzustellen. Es wäre nun eine Tragödie, wenn die Frage der sozialen Dienste zu einem Instrument parteipolitischer Parlamentsauseinandersetzungen würde. Eine genaue Untersuchung des relativen Wertes der Unterstützungen innerhalb der verschiedenen Sozialdienste und der Einkommensquellen, die hier weiter verteilt werden, ist eine unbedingte politische Notwendigkeit. Es könnten überraschende Ergebnisse gezeitigt werden, welche die Kritik jener Engländer schwächen, die glauben, daß sie den Großteil der Kosten dieser Dienste tragen, die sie selbst nicht in Anspruch nehmen, und viele von jenen umstimmen, die sich für Nutznießer halten, in Wirklichkeit aber Wohltäter sind.

Weite Kreise wissen, wie Cole es ausdrückt, daß selbst dort, wo die Konservativen die Wohlfahrtsdienste unterstützen und Gewerkschaftsführer zu Beratungen (heranziehen, dies nur aus taktischen Gründen getan wird. Sie können schwerlich vergessen, daß sie sich dabei ihrer politischen Gegner bedienen, welche die Zukunft als die ihre ansehen. Die Gewerkschaften können nicht mehr-automatischer und logischer Bestandteil eines funktionierenden Wirtschaftsapparates sein, dessen politische Lenkung bei einer konservativen Regierung liegt; sie werden wie früher zu einer Machtgruppe außerhalb der Regierung. Diese Problematik enthält viel Schärfe, da der nationale Notstand heute so augenscheinlich ist wie in den Krisenzeiten der Labour-Regierung. Jene Gewerkschaftsführer, die auf Grund der außenpolitischen Lage zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit wären, können ihre Anhänger nicht mehr, wie nach 1945, mit

dem Begriff der „Loyalität“ überzeugen; man müßte schon versuchen, diesen Begriff auf die ganze Nation zu übertragen, so wie er vorher der Labour-Regierung, ihrer Regierung, galt. Für diese Haltung erscheint der Notstand nicht akut genug. Im übrigen handelt es sich nicht mehr um Klassenkampf, sondern um Erhaltung und Ausbau des gegenwärtigen sozialen Status.

Die Labour Party selbst hat zwar ihre Aufgabenstellung nicht geändert; sie ist aber jetzt, da sie nicht mehr die Regierungsverantwortung trägt, viel stärker von den Einflüssen abhängig, die ihre politische Existenz bestimmen. Sie kann ihre Anhänger, die ja nicht so sehr Einzelmitglieder als vielmehr kompakte Gruppen wie die Gewerkschaften sind, nicht auf ein vorhandenes Aktionsprogramm, sondern auf einen wieder neuzufassenden Arbeitsplan hinführen.

Die wichtigsten Momente, welche auch die Kritiker in der Partei zusammenhalten, sind z. B. die Gefahren einer scheinbaren Vollbeschäftigung durch Rüstungsaufträge, die englische Finanzkrise sowie die Verpflichtungen der Labour-Partei als Mitglied der Sozialistischen Internationale und besonders der Gewerkschaften innerhalb der antikommunistischen Gewerkschaftsinternationale. Hier taucht sowohl das Rüstungsdilemma wie die relative Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten auf. Die Partei, besonders die Gewerkschaften, haben sich in gewisser Hinsicht der amerikanischen Führung unterworfen; eine eigene Linie läßt sich kaum ohne Konflikt mit den amerikanischen Gewerkschaften verfolgen, die wegen des Fehlens einer wirksamen amerikanischen sozialistischen Partei die politischen und wirtschaftlichen Interessen der amerikanischen Labour vertreten. Man weiß, daß die Masse der englischen Labour- und Gewerkschaftsanhänger wenig Interesse für beide Internationalen zeigt, daß sie nur widerwillig, aus Loyalität mehr denn aus Überzeugung, einer Ausweitung des Rüstungsprogramms zustimmt; die Parteiüberlieferung ist fraglos antikommunistisch, bei den religiösen und ethischen Sozialisten jedoch stark pazifistisch. Die vorsichtige TUC-Erklärung zur Aufrüstung (vom 29. Mai 1952) ändert daran nichts.

Die Tendenzen der letzten Monate haben gezeigt, was Bevan schon früher nachgewiesen hatte, daß die Wiederaufrüstung selbst in der für die Exportförderung günstigen Form mit einer Gefährdung der sozialen Sicherheit des Arbeiters verbunden sein muß. Die Abstriche im Gesundheitsdienst und bei den Lebensmittelunterstützungen, die Kürzungen im Kultur- und Erziehungsprogramm u. a. wirken wie Wegweiser ins Ungewisse. Die Ursachen liegen nicht nur in der Weltaufrüstung, in der Verschlechterung des Empire-Handels oder der internationalen Handelsbedingungen, sondern im Verfall der englischen Gesamtposition.

Man sorgt sich, besonders in Gewerkschaftskreisen, um die Auswirkungen, die von einer Deflation, von höheren Preisen ohne entsprechend höhere Löhne, von verstärkter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in neuen Notstandsgebieten kommen könnten; sie deuten sich schon jetzt z. B. in dem seltsamen Verhältnis von Arbeitslosigkeit besonders bei Frauen in der Textilindustrie und Arbeitennangel in der Flugzeug- und Maschinenbauindustrie an. Besonders kritisch beobachtet man die angekündigte und zum Teil schon sichtbare Verschlechterung der Sozialdienste.

Die Angst, welche die Arbeiter auch im heutigen Pseudo-Sicherheitsstaat immer wieder einholt, beruht auf der gefürchteten Rückkehr der Krisenstimmung der Vorkriegszeit. Die Unsicherheit der gegenwärtigen Verhältnisse erinnert in diesem Zusammenhang an die in der Zwischen- und Nachkriegszeit erzielten Erfolge. *Rowntree* und *Lawers* zeigten in ihrer Studie über „Armut und Wohlfahrts-

Staat“ an dem typischen Beispiel der Stadt York, wie sehr sich die soziale Lage insgesamt gebessert hat. Es handelt sich hier um Rowntrees dritte Studie über York aus dem Vorjahr. Nach den Ergebnissen der zweiten Untersuchung vom Jahr 1936 lebten 31,1 vH. der arbeitenden Bevölkerung unter dem Existenzminimum, wobei Arbeitslosigkeit und niedere Löhne an 61,4 vH. der Armutsfälle schuld waren. Die neue Untersuchung zeigt nun die Auswirkung vor allem der Sozialdienste und ihren Niederschlag im Rückgang der „Armut“. 1950 lebten nur noch 2,77 vH. der arbeitenden Schichten unterhalb der scharf gezogenen Armutsgrenze. Unter dem System der Vollbeschäftigung und des Wohlfahrtsstaats scheint also diese Seite der Armut verschwunden zu sein. Der verbliebene Rest läßt sich auf Alter und Krankheit zurückführen. Immerhin bewegen sich aber noch rund 20 vH. der arbeitenden Bevölkerung knapp oberhalb der Armutsgrenze. Die tatsächliche Auswirkung der Sozialdienste kann man allerdings nur schwer abschätzen. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß statt 3 vH. zwischen 20 und 25 vH. unter dem Existenzminimum leben müßten, wenn die Sozialleistungen auf dem Stand von 1936 geblieben wären. Rowntree berechnete, daß bei Wegfall der Lebensmittelunterstützung (auch wegen der größeren Kinderzahl in Arbeiterfamilien) die Armut um 14 vH. steigen würde.

Man kann also damit rechnen, daß die Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage Kürzungen der Reallöhne, der Sozialleistungen und Unterstützungen starken Widerstand entgegensetzen werden, solange die notwendigen Opfer nicht gleichmäßig von der gesamten Gesellschaft getragen werden. Durch die Gewerkschaften wird die Partei darüber hinaus eine aggressive Innenpolitik verfolgen müssen. Die Zahl der Bevan-Anhänger wächst mit dem Widerstand in den Reihen der Gewerkschaften. Der Bevanismus ist heute keine Ketzerei mehr. Es könnte für die Gewerkschaftsführung sogar schwer werden, jene Aspekte der Zusammenarbeit mit der Regierung — z. B. zur Steigerung der Produktivität — zu erhalten, die im nationalen Interesse liegen.

Die Partnerschaft zwischen der gegenwärtigen Regierung und den Gewerkschaften ist praktisch zu Ende. Wenn sich der nationale Notstand, der die Loyalität aller beansprucht, nicht verschärft, kann es zu kritischen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften kommen. Schon die Zusammenarbeit mit der Labour-Regierung zeigte latente Schwierigkeiten, die heute unverhältnismäßig größer geworden sind. Die Gewerkschaftsführung kann in der augenblicklichen Lage nicht umhin, zu ihrer verfassungsgemäßen Aufgabe zurückzukehren, wenn sie nicht Gefahr laufen will, sich der Masse ihrer Anhänger politisch und wirtschaftlich zu entfremden.

Die Gewerkschaften haben sich aber gewollt oder ungewollt während der Amtszeit der Labour-Regierung auf eine politische Linie mitverantwortlich festgelegt. Eine reinliche Rückkehr zu völliger ideologischer Ungebundenheit ist nicht mehr möglich. Wenn es auch zutrifft, daß der Großteil der Gewerkschaftsanhänger unpolitisch ist, so nimmt der militante Sektor doch zu. Auch hier ist also ein echtes Dilemma entstanden.

WELTPROBLEME IM SPIEGEL DER ZEITSCHRIFT

Schumanplan Da der Schumanplan eine weltweite Diskussion in den Zeitschriften aller Richtungen gefunden hat, erscheint er heute nur noch in Spezialuntersuchungen oder in Aufsätzen, die ihn in einen noch weiteren Zusammenhang stellen. Am vielseitigsten wurde der Plan in fortlaufender Aussprache von der französischen Monatsschrift *Föderation* behandelt, die, ihrem Namen entsprechend, für einen europäischen Föderalismus kämpft, aber auch föderalistische Auflockerung des französischen Zentralismus bewirken will. Der letzte Beitrag in dieser Serie von *Claude Harmeil* (Heft 83) war leider ganz negativ, denn der Verfasser fürchtet, daß der im Plan enthaltene „*Dirigismus*“ jeder planwirtschaftlichen Gewalttätigkeit Vorschub leistet. Der Plan ist ihm in dem Sinn, den man heute dem Wort — unberechtigt — gibt, zu sozialistisch. Man sieht aus diesem Beispiel, daß der Vertragstext viele Möglichkeiten offenläßt, die auszuschöpfen Aufgabe der sozialistischen und gewerkschaftlichen Vertreter sein wird.

Die Stellung der Arbeiter im Schumanplan wird von *Jacqueline Taratte* in einer allen Vertragsbestimmungen nachforschenden Studie in der von *Hans Wehberg* herausgegebenen *Friedenswarte* (2) untersucht. Zwei Hauptprobleme treten hervor: die Beschäftigung und die Hebung der Lebensverhältnisse. Zahlreiche Bestimmungen betreffen die Gefahr und die Folgen der Arbeitslosigkeit. Neue Probleme ergeben sich aus der Verlegung der Industrien, der Übersiedlung von Arbeitern in Gebiete oder Länder, in die sie nicht gehen, wollen, aus der Wohnungsfrage von FaEe von Standortveränderungen, die um der Produktivität willen wünschenswert sind. Die Stilllegung von Werken, die nicht auf die Höhe der heutigen Produktion gebracht werden, bringt Gefährdungen der Arbeiterschaft mit sich, für die aber zahlreiche Schutzbestimmungen vorgesehen sind. Die Paragraphen, die der Erhaltung der Kaufkraft und ihrer Steigerung dienen, werden von der Autorin verständnisvoll besprochen. Die Möglichkeiten sind gegeben, daß die Arbeiterschaft auf den Produktionsprozeß Einfluß nimmt und die gewerkschaftliche Tätigkeit von allen Einschränkungen durch die Unternehmerorganisationen international befreit wird.

West-Ost-Handel Die Moskauer Internationale Wirtschaftskonferenz fand im April unter günstigen Voraussetzungen statt. Die Furcht vor einer intran-

signenten Politik Rußlands und der Vereinigten Staaten führte auf dem Kontinent und im Vereinigten Königreich zur Bildung oppositioneller Gruppen, die immer neue Beweise für die Unnachgiebigkeit der einen oder anderen Seite fordern oder liefern. Die Moskauer Tagung sollte aller Welt die Bereitschaft des bolschewistischen Regimes zu einem für beide Seiten nützlichen Tauschhandel vor Augen führen, was ihr im wesentlichen gelungen ist. Während der Bolschewismus sonst vor allem den Sturz der bestehenden Ordnungen propagiert, wendet er sich in diesem Fall an die tausendjährige Tradition des europäischen West-Ost-Handels. Solche geschichtlichen Rückbesinnungen wirken durch sich selbst überzeugend. Das wollte man in Moskau erproben und beweisen, ohne freilich die Positionen aufzugeben, die der Verwirklichung im Wege stehen.

Obwohl der stärkste Widerstand gegen den West-Ost-Handel von Washington ausgeht, hat sich das politische Magazin *United Nations World*, das oft Spürsinn für das Kommende bewies, schon seit Jahr und Tag für die Stärkung der west-östlichen Handelsbeziehungen ausgesprochen. Die Beiträge und Tabellen in den Heften V/7,11 lieferten Zahlen und Argumente, um die Notwendigkeit und die Ungefährlichkeit dieses Handels zu beweisen. *Sir Hartley Shawcross*, Präsident des Board of Trade unter Attlee, erklärte die abweichende Haltung der britischen Regierung gegenüber der amerikanischen mit den nackten Tatsachen der britischen Wirtschaftsstruktur. So wenig Amerika gegen den japanisch-chinesischen Handel einwenden kann, läßt sich der britisch-russische beanstanden: er ist für England eine Notwendigkeit. Ob sich hinter dieser Tendenz nicht auch die politische Absicht verbirgt, der britischen Außenpolitik größere Bewegungsfreiheit zu geben, gehört auf ein anderes Blatt. Man hat den Eindruck, daß in Amerika die *One-World-Tendenz* überwiegt, damit aber auch die Gefahr einer gewaltsamen Überwindung der Weltspaltung, während England an der Spaltung eher interessiert ist, da es kaum wünschen kann, daß der von russischer und amerikanischer Hypothek befreite Kontinent sich in seiner Gesamtheit zusammenschließt. Damit wird das britische Bedürfnis, mit dem Osten Handel zu treiben, nicht in Frage gestellt.

Für England hat auch die Frage der sogenannten *Koexistenz* von Bolschewismus und Kapitalismus (oder Labour-Sozialismus) keine Bedeutung, dazu denkt England zu realistisch. Wurde denn der Warenaustausch des Commonwealth durch den Ansatz zu einer sozialistischen Wirtschaft in England gestört? Aus dem *Europa-Archiv* (10) erfahren wir, daß in dem von Prof. Oskar Lange (Polen) vorgelegten Arbeitsprogramm der friedliche Handel zwischen beiden Systemen, also ihre Koexistenz, von vornherein anerkannt wurde. Wenn sie auch beim nächsten Anlaß wieder durch ein Lenin-Zitat radikal verneint werden kann, so besteht doch für uns kein Grund, dem Bolschewismus auf das Glatteis seiner theoretischen Willkürlichkeiten zu folgen. Konnte Deutschland in der Zwischenkriegszeit seinen Handel mit Rußland bis zu 3/4 Milliarde Goldmark 1931 steigern (siehe: *Historische Zeitschrift* 171, Nr. 3) und Amerika an Rußland während des Krieges Waren im Werte vieler Milliarden liefern, so ist naturgemäß nicht der Unterschied der Produktionsverhältnisse der Grund für den Verfall des West-Ost-Handels, sondern nichts anderes als die Weltpolitik.

Von ihr wurde in Moskau prinzipiell geschwiegen. Man strebte die Erweiterung des Handelsverkehrs parallel zu ihr an. Die geringe Bedeutung des gegenwärtigen, ja sogar eines verdoppelten und verdreifachten Osthandelsvolumens im Vergleich zu den Ziffern des Europahandels zeigen einige Daten. Der gesamte westeuropäische Exporthandel betrug in den ersten zehn Monaten 1950 rund 17 Milliarden Dollar, der Ostexport nur 750 Millionen; der Gesamt-Import 21 Milliarden, der Ostimport nur 895 Millionen. An diesem Verhältnis könnten Ziffern des Reexports und des schwarzen Handels wenig ändern.

Die Konferenz ging politisch von der Tatsache aus, daß eine Autarkie der westlichen und östlichen Welt wachsenden Schwierigkeiten begegnet. Alexis Schiray nimmt in der *Politique Etrangere* (2) an, daß sie bei der Einberufung der Konferenz eine Rolle spielten. Die Ökonomie des Ostblocks wird durch Wirtschaftspläne bestimmt, die ausnahmslos eine Industrialisierung anstreben, gewaltige Kapitalgüter beanspruchen, die Konsumgüter zurückstellen und auch die Landwirtschaft, wie wir noch sehen werden, stark in Mitleidenschaft zieht. Die uns vertraute Vorstellung des West-Ost-Handels in Gestalt eines Austauschs von Industrieartikeln gegen landwirtschaftliche Produkte gehört bereits der Vergangenheit an. Die Industrialisierung des Ostens ist durch die Fünf- bis Sechs-Jahrespläne kräftig angekurbelt worden und strebt Ergebnisse an, die in tabellarischer Übersicht von der *Zeitschrift Ost-Europa* (3) veröffentlicht werden und ein eindrucksvolles Bild der europäischen Strukturveränderung bieten. Die Möglichkeiten des Handels haben sich damit grundsätzlich gewandelt und die Annahme, daß der Osten nur Industriegüter und strategische Rohstoffe sucht, ist falsch; zumindest geschieht das nicht öffentlich. Nach der *Politique Etrangere* weist Moskau auf die Möglichkeit folgender Exportsteigerungen hin: Für England 90 vH. in Baumwolle, 50 vH. in Wollstoffen; für Frankreich 20 vH. in Medikamenten, 30 vH. in Farben, 54 vH. in Garnen, 36 vH. in Fischkonserven, 9 vH. in Parfümen und Seifen.

Die Reaktion auf die Einladung war verschieden. Am günstigsten wurde sie in England und Frankreich, am ungünstigsten in Amerika und Jugoslawien aufgenommen. In Japan machte sich wieder der Gegensatz zwischen der politischen Linie Tokios und dem Handelsinteresse von Osaka und Kobe bemerkbar. Obwohl Rußland die Entsendung eines Schiffes zum Abholen der Delegation anbot — ein Zeichen, was die Anwesenheit von Japanern Moskau wert war —, sah die Regierung doch von einer Brückierung Washingtons ab. Kluges Eingehen auf die gegebenen Verhältnisse, ohne laute Opposition, mit stillem Beharren auf ferne Ziele, beweist die außenpolitische Reife eines Volkes. Sowohl die britische wie die französische Delegation waren bemerkenswert zusammengesetzt. Die britische wurde vom Nobelpreisträger Lord Boyd-Orr geführt, der die Ergebnisse der Konferenz in einem gekabelten Artikel für die *New-Yorker Nation* (18) als weit über alle Erwartungen hoch bezeichnete. Die englischen Geschäftsleute schlossen mit der Sowjetzone, Rumänien und China interessante Lieferungsverträge ab. Die Abkommen mit Rußland bestehen aus drei Posten von zusammen 10 Millionen Pfund Sterling. Die Gesamtabschlüsse betragen nach beiden Richtungen, nach der Angabe des *Europa-Archivs*, 28 bis 34 Millionen.

Daß in der britischen Delegation Labour stark vertreten war, ist nicht überraschend. Eine noch nicht gebührend gewürdigte „Sensation“ war dagegen in der französischen Delegation die Beteiligung der Gaullisten. Lord Boyd-Orr machte in seinem Bericht für *Nation* besonders auf die gaullistische und radikal-sozialistische Mitwirkung in Moskau aufmerksam. Sollten sich die Radikal-Sozialisten daran erinnern, daß einst Herriot dem Pakt Barthou vorgearbeitet hat? Auch der frühere französische Handelsminister Paul Bastid, lange Jahre Chefredakteur der stock-

konservativen *Aurore*, befand sich in Moskau, gewiß nicht ohne Zustimmung de Gaulles. Wenn die Chancen des Generals zur Alleinherrschaft zunächst dahin sind, so könnte seine Partei in einer Koalitionsregierung noch eine Rolle spielen und dann, um Frankreich unabhängiger von Amerika zu machen, außenpolitisch an Rußland anknüpfen, während innenpolitisch der Bolschewismus als Partei des Auslands unterdrückt werden würde. Daß Moskau solche Kombinationen hinnimmt, ja sogar schätzt, ist bekannt. So konnte denn auch die „gaullistische“ Delegation einige kleine Abschlüsse tätigen und eine Kommission zum Ausbau des französischen Handels mit China gründen.

China ist naturgemäß der Magnet, der den westlichen Handel nach Moskau zog, aber auch ein Argument gegen die Konferenz. Alle englisch-chinesischen Abschlüsse hätten, so telegraphierte der gegenwärtige Präsident des Board of Trade nach Moskau, auch in Hongkong und Schanghai abgeschlossen werden können. Das ist richtig, aber Rußland hätte eine Stichkarte unverwendet gelassen, wenn es nicht dem Westen gezeigt hätte, daß der Handel mit China über Moskau führt, wie ja auch Robert Schuman Deutschland zu verstehen gibt, daß das Tor nach Afrika über Paris zu erreichen ist. Gegenüber der großen russischen und chinesischen Möglichkeit tritt das Interesse an den osteuropäischen Märkten naturgemäß zurück, und gerade bei diesem Anlaß weist das Europa-Archiv auf die enttäuschenden Erfahrungen Österreichs hin, dem die Ostblockstaaten landwirtschaftliche Gegenleistungen schulden, so daß die in Moskau mit österreichischen Vertretern besprochenen Lieferungen nur Schuldzahlungen darstellen, zu deren Erfüllung keine Weltkonferenz nötig war, die für Essen, Trinken, Wohnen das russische Budget mit 1 250 000 Dollar belastet. Das politische Ziel ist aber diesen Aufwand wert. Und da der West-Ost-Handel eine unabwendbare Notwendigkeit darstellt, besteht kein Grund, Rußland das Prestige seiner Förderung zu überlassen, statt seine Machthaber wegen der tatsächlichen Unterbindung des kontinentaleuropäischen Handels anzugreifen.

Kurze Das Problem der Neurosenbehandlung durch die Krankenkasse, das in **Chronik** der Schweiz allmählich positiv gelöst wird, ist in der Zeitschrift für Sozialpolitik, *Soziale Sicherheit* (2, 3, 4, 6), im Anschluß an einen Beitrag von *Rudolf Wissel* über die Notwendigkeit, Versicherungs- und Versorgungswesen den Erkenntnissen der modernen Medizin und Psychologie anzupassen, zustimmend und ablehnend diskutiert worden. Das große Gebiet der Neurosen, die als soziale Erscheinung besonders in Amerika vielseitig behandelt werden, wird in Zukunft von jeder modernen Sozialgesetzgebung berücksichtigt werden müssen. Hat doch Amerika in jedem Teil der Wehrmacht eigene Stationen zur Neurosenbehandlung eingerichtet. Deutschland besitzt in der Stuttgarter Monatsschrift *Psyche* ein hervorragendes Organ zur Behandlung aller Fragen aus den Gebieten der Tiefenpsychologie und Menschenkunde, in der Forschung und in der Praxis. Die Zeiten, da man Psychoanalyse und Neurosenbehandlung als Sorgen der Bourgeoisie bespöttelte, sind ja längst vorbei. Alle neurotischen Probleme finden sich in jeder Gesellschaftsklasse. Der Zusammenhang dieser Wissenschaft, die bei Freud biologisch-naturwissenschaftlich begann, mit Religion, Philosophie, Literatur, Politik, zwingt den modernen Menschen, ihre Forschungen zu verfolgen. So sei daher zunächst summarisch auf *Psyche* verwiesen; die Analyse einzelner, sozial wichtiger Beiträge wird sich von Fall zu Fall ergeben. — Der britische Rundfunk bietet in seinem weltbekannten Dritten Programm seinen Hörern kulturell anspruchsvolle Vorträge. Sie und viele andere Texte werden in der Wochenschrift der BBC *The Listener* abgedruckt, der heute zu den lebendigsten Zeitschriften zählt. — In Frankreich bemüht man sich, die mittelständische Struktur der Wirtschaft zu überwinden. Ihre Zusammensetzung wird von *Heinz Abosch* in der Zürcher *Roten Revue* (4) analysiert, die Wirtschaft ganz richtig als stagnierender Kapitalismus bezeichnet. Das führt zu einer verminderten Bedeutung Frankreichs in der Welt, doch ist das Bild zum Teil irreführend, weil der Verfasser nicht berücksichtigt, daß das französische Kapital in die Union française geht und dort eine Industrialisierung großen Stils stattfindet. Auch die mannigfaltigen Bemühungen, Frankreich industriell zu rationalisieren, versprechen eine Überwindung dieses Stillstands, die im europäischen Interesse liegt. Der Reallohn des französischen Arbeiters ist seit 1938 gesunken; daher der Erfolg der bolschewistischen Propaganda. Eine sehr gute Analyse der französischen Wirtschaft zur Erklärung der Frage, warum der Arbeiter kommunistisch wählt, veröffentlicht der Schweizer Publizist *Herbert Lüthy* in *Preuves* (9).
Felix Stössinger.